

WAHLPROGNOSEN

Wirklichkeit im Kaffeesatz



Ilres macht Umfragen zur Politunterhaltung und liegt damit voll im Trend. Wie fundiert die Arbeit der MarktforscherInnen ist, bleibt für die Öffentlichkeit jedoch im Dunkeln.



Ilres hilft ...

In Deutschland hat es längst Tradition: das Politbarometer im ZDF. 27 Jahre ist es alt und wird monatlich ausgestrahlt. Auch Luxemburg will seinen WählerInnen politische Meinungsumfragen nicht länger vorenthalten. RTL serviert daher gleich täglich ein Kuchendiagramm zum Thema Kompetenz der Parteien: heute die Zukunftsfrage, morgen vielleicht die Bildung – laut MeinungsforscherInnen Thema Nummer eins in diesem Wahlkampf.

Das Marktforschungsinstitut Ilres hat hier neues Terrain betreten. Nachdem die Hochrechnungen für RTL am Wahltag 1999 gut liefen, traut es sich heute - wieder mit deutscher Unterstützung des Psephos-Institutes - an öffentliche Wahlprognosen. Ein gewagter Schritt, denn die Ilres ist Monopolist in Luxemburg. Und ein Schritt auf ein heißes Pflaster, denn Wahlprognosen sind als Zahlenakrobatik verschrien. Was auf den ersten Blick seriös und unparteiisch anmutet, entpuppt sich oft als Politspektakel - auch in Luxemburg.

Zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen fallen immer weniger direkte Worte, heute kommunizieren sie weitgehend über die Medien. "Luxemburg hat Anschluss gefunden, eine bestimmte Art Politik zu machen, eine Politik der Massengesellschaft", erklärt Fernand Fehlen, Projektleiter der statistischen Abteilung des Centre de recherche public der Universität Luxemburg.

Umfragen aber sind keine Garantie für einen bestimmten Wahlausgang. "Es gibt erprobte Methoden das auszubügeln. Aber auch

die sind ungewiss. Zum großen Teil ist es also Kaffeesatzlesen", sagt Fehlen. Ein Problem beim Erstellen einer Prognose in Luxemburg sei vor allem das Panaschieren. Dennoch stellt er Umfragen nicht per se in Frage: "Das heißt nicht, dass Stimmungsbarometer keine Stimmung wiedergeben. Aber andererseits bestimmen sie diese auch."

Auftraggeber für das von Ilres erstellte Stimmungsbarometer ist das Tageblatt. Deren LeserInnen - potenzielle WählerInnen der Opposition - haben im Stimmungsbarometer Anfang April lesen können, dass die LSAP ihre 13 Sitze sicher halten kann und die DP es nur noch auf neun schafft (derzeit haben sie 15). Eine öffentliche Debatte über den prophezeiten erdrutschartigen Verlust der Liberalen blieb bislang aus, was bleibt ist die Einflussnahme. "Der aktuelle Wahlkampf ist der am meisten demoskopisch beeinflusste, den es je gab", sagt selbst Ilres-Leiter Charles Margue.

Schwarz-Grün erwünscht

Zu einem solchen Zeitpunkt möchte man vieles sein - aber sicher nicht PolitikerIn. RTL wird am Wochenende eine Umfrage veröffentlichen, laut der eine große Mehrheit der WählerInnen sich eine schwarz-grüne Koalition wünscht. Hiobsbotschaft oder Trauernachricht? Eine solche Prognose lässt Déi Gréng sicher nicht kalt. Selbst der unangefochtene Spitzenkandidat Premierminister Jean-Claude Juncker mahnt die CSV, angesichts der Umfrageergebnisse nicht zu siegessicher zu sein.

Die Veröffentlichung von Rohdaten und damit Transparenz lehnt die Ilres ab, weil sie sich nicht in die Karten gucken lassen will. Sozialwissenschaftler Fehlen ebenfalls, aber aus anderen Gründen: "Wenn man sich die unkorrigierten Zahlen ansieht, dann wären die Grünen die zweitwichtigste Partei. In den Umfragen sind sie überrepräsentiert, weil es eben schick ist sich auf Themen wie Umwelt zu positionieren." MeinungsforscherInnen müssten davon ausgehen, dass die Leute nicht ehrlich antworten. Es sei daher unerlässlich, diese Zahlen zu gewichten.

Ausgangspunkt für eine Gewichtung ist das Ergebnis der vergangenen Wahl. Im nächsten Schritt fragen die MeinungsforscherInnen eine Anzahl WählerInnen, welcher Partei sie heute die meisten Stimmen gäben und welche sie vor fünf Jahren gewählt haben. Das Grundprinzip sei einfach, sagt Fehlen. Das ADR hatte 1999 rund elf Prozent der Stimmen. Jede Stimme der damaligen Wähler werde bei der Prognose elffach gewichtet - unabhängig davon ob die Person wieder ADR wähle oder nicht. "Damit weiß man aber noch nicht, inwieweit sich die Leute in der Erinnerung irren", so Fehlen.

Am Ende ist es doch so kompliziert, dass es ein Laie nicht versteht - ebensowenig wie die Erklärung im Tageblatt: "Hinzukommt, dass absolute sowie proportionale Korrekturen vorgenommen werden, um die bestmöglichen Resultate für ein Stimmungsbarometer zu erzielen."

Die Ilres erstellt Prognosen für Medien, aber vor allem für

Parteien. Ilres-Chef Charles Margue wird dabei nicht müde zu betonen, dass die CSV nicht zu seinen Kunden zählt. Sie lässt sich ihre Prognosen in Deutschland von Infratest dimap erstellen. Die Ergebnisse sind aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. So bleibt auch im Dunkeln, ob die CSV wie das Tageblatt "bestmögliche" statt fundierter Ergebnisse erwartet. "Was das Tageblatt mit den Ergebnissen macht, stand nicht im Vertrag", kommentiert Charles Margue. Instrumentalisieren lasse sich das Institut damit nicht. Für ihn sei das nur ein PR-Geschäft: "Geld verdienen wir damit nicht viel." Im Normalfall kosten 15-minütige Telefoninterviews mit 1.000 Personen etwa 25.000 Euro.

CSV geht fremd

Im Auftrag von RTL hat die Ilres 500 Wahlberechtigte nach der Kompetenz der Parteien befragt. Das Ergebnis serviert der Sender der Bevölkerung jetzt häppchenweise. "Das ist typisch Luxemburg. Die Medien haben wenig Mittel. Wenn sie dann eine Umfrage erstellen, muss die gleich gestreckt und bis ins Lächerlich gezogen werden", kritisiert Fehlen.

Dem Tageblatt ging es um die so genannte Sonntagsfrage, die die Ilres standardmäßig am Ende aller Befragungen stellt. So musste zur Erstellung des Stimmungsbarometers nur eine Analyse vorgenommen werden, keine Datenerhebung - das war preiswerter. Im Gegensatz zum deutschen Politbarometer wurden die Stichproben von 4.500, 3.700 und 1.900 Personen aber nicht innerhalb weniger Tagen sondern im Zeitraum von mehreren Monaten erhoben. Ob das in der Gewichtung berücksichtigt wurde, bleibt offen. Die mathematisch bedingte Fehlerquote, mit der jede Prognose behaftet ist, unterschlagen die Luxemburger Statistiker ebenfalls. "In kleinen Wahlbezirken kann die Fehlerquote bei bis zu zehn Prozent liegen. Wenn man das veröffentlicht, macht die ganze Sache gar keinen Sinn mehr", sagt Wahlanalytiker Fehlen. "Die Illusion ist ja, dass es eine Wirklichkeit ist."

Wahlpflicht besteht für alle luxemburgischen StaatsbürgerInnen zwischen 18 und 70 Jahren. Wahlberechtigt sind jedoch nur rund 60 Prozent der 351.113 volljährigen EinwohnerInnen - AusländerInnen ausgenommen. Und diese Zahl ist auch Grundlage für die Prognose. Demokratieforschung sind öffentliche Wahlprognosen wohl nicht, dann doch eher Politunterhaltung. Aber auch damit ist in einer Woche Schluss, dank Paragraf 97 des Wahlgesetzes. Der verbietet nämlich derartige Einflussnahmen im Monat vor der Wahl. Einem medialen Wahlkampf ist damit aber kein Riegel vorge-schoben. Sollte sich Luxemburg noch für ein Kandidaten-Duell in den Medien entscheiden, läge es auf jeden Fall voll im Trend. Das Tageblatt hat bereits ein "Personenkarussell" in petto. Bleibt nur die Frage: Wie nah an der Wirklichkeit ist die wirkliche Wahl?

Stephanie Zeiler

Peinliches Eigentor der DP-Frauschaft

Die verfassungsrechtliche Gleichstellung von Frau und Mann wird in Luxemburg nicht kommen. Ein entsprechender Änderungsantrag von Artikel 11, der auch Fördermaßnahmen für das benachteiligte Geschlecht vorsah, ist in der Verfassungskommission mit den Stimmen von DP und ADR abgeschmettert worden.

"Es bringt manchmal mehr, wenn Frauen an bestimmten Plätzen sitzen statt Männer", hat Frauenministerin Marie-Josée Jacobs noch Anfang der Woche im Gespräch mit der woxx behauptet. Manchmal bringt es aber auch erheblich weniger. Erst stimmen die Sozialistinnen gegen parteiinterne Frauenquoten. Jetzt sind es die liberalen Frauen, die die Gleichstellung verhindern. Dabei hatten sie kurz zuvor noch für eine rasche Verabschiedung votiert - aber das war in der Chancengleichheitskommission. Und die zählt offensichtlich weniger. Außerdem: Wozu Frauenförderung? - die DP-Frauen haben ihren Platz im Politzirkus schließlich sicher.

Arme Marie-Josée Jacobs: Sie wird weiterhin auf UN-Vollversammlungen und EU-Spitzentreffen peinlich berührt erklären müssen, warum Luxemburg lieber Schlusslicht in Sachen Gleichstellung bleibt.

Hart umkämpfter Radiodschungel

Das Luxemburger Radio Ara (105,3 MHz) fordert die Regierung auf, gegen belgische Sender in der Grenzregion einzuschreiten. In einem Brief an die Minister Biltgen, Juncker, Polfer und die Medienkommission beschwerte sich der luxemburgische Sender zum wiederholten Mal über "Atelier Radio Arlon" (105,2 MHz) und "Must FM-Ardenne", die ihre Sendungen auf unmittelbar benachbarten Frequenzen ausstrahlen. Der Vorwurf von Ara: Der kurze Funkabstand riskiere "de provoquer de fortes perturbations de la réception de nos transmissions". Zudem seien die Sender nicht in dem Genfer Radio-Abkommen von 1984 eingetragen, also illegal.

Pikanterweise interveniert damit der sich als alternativ verstehende Sender Ara ausgerechnet gegen seine eigenen GeburtshelferInnen. Ara-Vorläufer "Grénges Fluesfénelchen", damals die einzige Radio-Alternative zu RTL, sendete nämlich selbst bis Mitte der 80er vom "Atelier Radio Arlon" aus. Deren MacherInnen sind auch heute noch vor allem ehrenamtliche Radiofreaks von Jung bis Alt. Must FM-Arlon, der auf 103,1 MHz ausstrahlt, bietet ebenfalls zahlreichen NGOs und Bürgerinitiativen Sendezeit.

Haltesignal für Gesetzesprojekt

"Dat kann dach nët sinn!", steht in dem Aufruf gegen den Ausverkauf des öffentlichen Transports, der von linken und katholischen Gewerkschaften, vom Mouvement écologique und von der Aktioun Öffentlechen Transport unterzeichnet wurde. Was den KritikerInnen inakzeptabel erscheint, ist, dass das Gesetzesprojekt zur Reorganisation der öffentlichen Verkehrsbetriebe noch vor den Wahlen verabschiedet werden soll. Das bedeutet, dass keine Zeit für eine Diskussion und für Abänderungsvorschläge bleibt. Hauptvorwurf: Das Gesetzprojekt habe einen liberalen Beigeschmack. Die öffentlichen Verkehrsbetriebe sollen "rentabler als die Straße und billiger als private Busunternehmen werden, oder ihre Aktivität einstellen", lästern FNCTTFEL und Co.

Der Transportminister hatte der Eisenbahnergewerkschaft FNCTTFEL mehrfach vorgeworfen, sie führe Klassenkampf auf Kosten der CFL. Der Mouvement, der auf keinen Fall als Bremsen gelten will, nuancierte in seiner Mitgliederzeitung seine Position: "Obwohl der Mouvement écologique, wohl mehr als die Gewerkschaften, von der Notwendigkeit einer Reform der CFL überzeugt ist, sind die Weichen, die derzeit gestellt werden, doch inakzeptabel." Einig sind sich alle darüber, dass die Reorganisation der öffentlichen Verkehrsbetriebe erst nach den Wahlen diskutiert werden soll, eine Forderung, die auch LSAP und Grüne unterstützen.